



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919

2 (2.1.1919) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-183168](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-183168)

Mannheimer General-Anzeiger

Hauptredaktion: Dr. Fritz Soltau, Verantwortlich für Politik: Dr. Fritz Soltau, für Feuilleton: Hans Söfgen, für Lokal- und sonstige redaktionelle Teile: Richard Schölscher, für Kunst: Franz Richter, für Anzeigen: Anton Gröber, Druck und Verlag: Druckerei Dr. Hans Mannheimer, Gutenberg-Str. 2, 6. u. 7. Stockwerk in Mannheim, Postfach 111, General-Postamt Mannheim, Postfach-Nr. 2917, Telephon-Nr. 1111. — Fernsprecher Amt Mannheim Nr. 2946, 2945.

Badische Neueste Nachrichten
Amtliches Verkündigungsblatt

Anzeigenpreise: Die Spalte, Kolonietypie für den hiesigen Bezirk 60 Pf., für auswärts 60 Pf., Finanzeinzelzeilen 65 Pf., Restanten III 250. Anzeigenpreis: Abendsblatt vom 11. bis 12. Uhr, Abendsblatt nachmittags 21. Uhr für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen und Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Anzeigenpreis in Mannheim und Umgebung monatlich M. 2.— mit Druckkosten, Postbezug: Viertel M. 6.42 einjährig. Subskriptionspreis: Bei der Post abgenommen M. 7.70. General-Dr. 10 Dlg.

Polnische Forderungen.

Das Kommissariat des Obersten Volksrats überlieferte der preussischen Regierung eine vom 18. Dezember datierte Denkschrift, die die polnischen Forderungen folgendermaßen zusammenfaßt:

a) Grenzschutz.

Solfern ein solcher für notwendig gehalten wird, soll er sich ausschließlich aus Mannschaften zusammensetzen, die in den betreffenden Grenzprovinzen ausgehoben worden sind.

b) Besetzung von Kontrollposten bei den einzelnen Verwaltungsbehörden.
In allen von polnischer Bevölkerung bewohnten Landesteilen müssen bei allen Ämtern der Bezirks-, Kreis- und Lokalverwaltung auf Vorschlag des Obersten Volksrats oder der örtlichen polnischen Volksräte polnische Kontrollposten bestellt werden, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob der örtliche S. und A.-Rat seine Zustimmung hierzu gibt. Falls eine Besetzung von Kontrollposten unbeschäftigt ist, sollen nationalpolnische Vertrauensmänner auf Vorschlag des Obersten Volksrats oder der örtlichen Volksräte bei den genannten Behörden bestellt werden, vorausgesetzt, daß den selben ein Einspruchsrecht gegen alle amtlichen Handlungen eingeräumt wird.

c) In Sachen der Versorgung.
Wir widersehen uns gleichzeitig der Besetzung von Vertrauensmännern deutscher Nationalität bei den einzelnen Behörden. (1) Die Beamten sollen sich — wenigstens die höheren und mittleren — ausschließlich aus Deutschen zusammensetzen, die in der Wahrnehmung der deutschen Interessen durch Rückversicherung aller Forderungen der polnischen Bevölkerung alle erlaubten Grenzen überschreiten. (2) Eine weitere Verschärfung in der Wahrnehmung der Interessen der deutschen Bevölkerung durch Hinzufügung besonderer Vertrauensmänner deutscher Nationalität würde nur eine Machtlosmachung der Vertrauensmänner polnischer Nationalität bedeuten.

1. Kontrolle der Lebensmittelzufuhr und hauptsächlich eine genaue Einsichtnahme in die Berechnungen der ausgeführten Lebensmittel.

2. Umorganisation aller aus der Provinz Polen Lebensmittel ausführenden Organisationen (insbesondere der „Heereszentrale“ und der Intendantur) unter das Provinzialverwaltungsamt (d. h. unter polnischen Einfluß, Ann. d. Red.) und Einrichtung analoger Lebensmittelämter in allen von Polen bewohnten Provinzen.

3. Kontrolle aller Vorräte der Intendantur und der Kriegsgesellschaften — einschließlich der Holzvorräte — durch eine gemischte, aus Polen und Deutschen bestehende Kommission, sowie Verbot der Ausfuhr dieser Vorräte aus jeder Provinz.

4) In Sachen der Wiedererrichtung des polnischen Unterrichtswesens in den höheren und Volksschulen wird Abgeordneter Trampczynski eine besondere Denkschrift überreichen.

Diese Forderungen sind größtenteils unannehmbar! Daß die Polen in den „Grenzschutz“ nur polnische Soldaten hineinziehen wollen, ist bekannt. Die Forderung, daß in allen von Polen bewohnten Landesteilen polnische Kontrollposten bei allen Behörden fungieren sollen, aber keine Deutschen, ist zum mindesten naiv zu bezeichnen. Eine Anzahl Polen wohnen ja auch in den Regierungsbezirken Allenstein, Breslau, Köslin, in den Rheinländern, in Westfalen und in Berlin; Vertreter aus allen diesen Gebieten waren auch auf dem Teilgebietslandtag; es wäre deshalb nur konsequent, wenn die Polen baldigst auch dort lediglich polnische Kontrollposten überall forderten! In der Theorie rühmen die Polen bei jeder Gelegenheit ihre Toleranz. Daß es bei ihnen in der Praxis anders aussieht, haben erst unangenehm die Juden erfahren. Jetzt soll die deutsche Bevölkerung, die doch an der Tätigkeit der Behörden ein mindestens ebenso großes Interesse hat wie die polnische, von jeder Kontrolle über diese ferngehalten werden. Dabei ist es ja selber ein offenes Geheimnis, daß die Regierung und die polnischen Provinzialbehörden in den letzten Wochen mehr als entgegenkommend gegen die Polen waren! Jetzt ernten sie den Dank dafür und müssen sich nachgeben lassen, daß sie die polnischen Interessen über alles erlaubte Maß vernachlässigt hätten.

Im übrigen würde die Erfüllung der polnischen Forderungen nichts weniger bedeuten, als den halben preussischen Osten unter polnische Kontrolle zu stellen und den größten Teil der deutschen Nahrungsmittelversorgung von ihr abhängig zu machen!

So stehen die Dinge. Die furchtbar schwere Frage ist nun, ob die Polen in der Lage sein werden, ihre Forderungen durchzusetzen. Im Mittagsblatt haben wir auf den großen Ernst der Lage im deutschen Osten hingewiesen. Alles hängt davon ab, ob wir genügend Kraft aufbringen können, um dem polnischen Angriff wirksam zu begegnen. Die Forderungen der Polen sind natürlich unerträglich und unerfüllbar; das ist keine Frage, Frage aber ist, ob unter Umständen noch soviel politische und militärische Macht und Schlachtkraft besteht, um der Ablehnung den nötigen Nachdruck zu verleihen und die Polen in die Schranken zu weisen. Wenn wir lesen, daß die Generalkommandos den Zustrom von Freiwilligen für unbedingt erforderlich halten, so spricht das wohl deutlich genug für die augenblickliche Machtlosigkeit zwischen dem Deutschtum und den Polen. Es ist klar, daß die Hilfe für die Deutschen sofort kräftig einsetzen müßte, soll sie sich als wirksam erweisen. Ist die Regierung in Berlin nicht in der Lage, diese sofortige Hilfe gegen die Polen zu leisten?

Bedrohliche Lage im Osten.

Berlin, 2. Januar. (Von unserem Berliner Büro.) Ueber die zum Schutz der Deutschen in Polen zu ergreifenden Maßnahmen wird, nachdem sich heute vormittag das preussische Ministerium des Innern damit befaßt hat, heute nachmittag in einer gemeinsamen Sitzung des preussischen und des Reichskabinetts beraten werden. Die Lage ist recht bedrohlich geworden. Die Polen sind auch im Regierungsbezirk Bromberg weiter vorgeedrungen.

Jur. Räumung von Riga.

Berlin, 2. Januar. (Von unserem Berliner Büro.) Deutsche Truppen und baltische Landwehr sind von starken

überlegenen Kräften mit Geschützen und Minenwerfern bei Hingenberg angegriffen worden. Kämpfend haben sie sich auf die zweite Stellung zurückgezogen, die sich nur acht Kilometer vor Riga hinzieht. Die Nähe des bolschewistischen Feindes legt die baldige Verlegung der lettischen Regierung und der deutschen Gesandtschaft von Riga nach Mitau nahe.

Kadet in Berlin.

Berlin, 2. Januar. (Von unserem Berliner Büro.) Aus dem Haag wird den Politisch-Parlamentarischen Nachrichten gemeldet, daß Kadets Rufenthal in Berlin in den Ententeländern großes Besremden erregt hat und daß dort die Frage aufgeworfen wird, welche Mittel der deutschen Regierung noch zur Abwehr des Bolschewismus zur Verfügung stehen. Falls es Deutschland nicht gelingt, den Bolschewismus fernzuhalten, und falls es nicht binnen kurzer Zeit mit der Sowjetregierung bricht, werden die Entente-länder, besonders die Vereinigten Staaten, die stärkste Forderung aufrechterhalten und Deutschland sogar unter Quarantäne stellen, wie sie das bereits mit Rußland getan haben.

Diese Meldung aus dem Haag legt die Frage nahe, was die Berliner Regierung und der Berliner Polizeipräsident gegen Kadet tun werden, der auf falschem Fuß eingereist und ohne weiteres auszuweisen ist. Der Berliner Polizeipräsident gehört zu den Männern, die im Namen des Volkes am energischsten nach Frieden und Brot gerufen haben. Er wird nunmehr zu beweisen haben, ob er damit nur seinen eigenen agitatorischen Bedürfnissen als Leiter der „Kosta“ gebietet hat oder ob er diesen Ruf als einziges Ideal ernst genommen hat. In diesem Falle dürfte es für ihn kein Zögern geben, den Beweis dafür durch die Tat zu erbringen und Herrn Kadet, den Friedensstörer, den Mann, der durch seine bloße Anwesenheit die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln gefährdet, über die Grenze zu schaffen.

Der Auszug der Bolschewisten aus Petersburg.

Von der Schweizerischen Grenze, 2. Jan. (Priv.-Tel.) Die „Neue Korrespondenz“ meldet aus Paris: Ein Telegramm der Valfan-Agenitur befragt, daß russische Flüchtlinge in Schweden erklären, die bolschewistischen Behörden hätten die beschleunigte Evakuierung von Petersburg fort. Schon ganze Züge mit Archiven und Kolportage hätten die Stadt verlassen und zwar in der Richtung nach Moskau. Die Reisenden dürfen nur das für den Lebensunterhalt Notwendigste mitführen. Alle verlassenen Häuser sollen der Plünderung anheim.

Masaryk und die Polen.

Prag, 2. Jan. (W. B.) Tschecho-Slowakisches Presbureau. Beim Neujahrsempfang des Präsidiums der tschecho-slowakischen Nationalversammlung sagte Masaryk u. a.: Von mir wird ein Imperialismus vor, weil wir eine Abtrennung des sog. deutschen Gebietes nicht zulassen wollen. Ueber die Grenzen der tschechischen Länder kann kein Streit entstehen, da diese Länder eine historische Individualität immer bilden und bilden. Streit könnte nur über die südöstlichen Grenzen der Slowakei entstehen; hier haben die Verbündeten die Grenzen festgelegt. Wir sehen noch keinen Beweis und haben noch keine Bürgschaft dafür, daß die pan-germanische Gefahr für uns und unsere slawischen und rumänischen Verbündeten abgetan ist. Was die schlesische Frage anbetrifft, so wünsche ich, die Verhandlungen über die Regelung der ethnographischen Grenze von Staat zu Staat zu führen, und bin sicher, daß wir uns einigen. Der Streit ist dem Umfang nach geringfügig. Wir haben schon mit den verantwortlichen Führern der Polen verhandelt und uns in ethnographischen und wirtschaftlichen Hauptpunkten bereits geeinigt. Nach meiner Ansicht ist es nicht richtig, daß Polen einen Teil unserer historischen und folglich auch von den Verbündeten anerkannten Gebiete besetzt. Es ist selbstverständlich, daß die definitive Regelung erst von dem Friedenskongress zu erwarten ist. Andererseits ist es noch kein Imperialismus, wenn die ungarländischen Ruthenen sich uns anschließen. Ich erkenne das Prinzip der Nationalität an und erkenne das Selbstbestimmungsrecht an. Aber es sind durch die hierbei gegebenen Verhältnisse gewisse Schwierigkeiten bedingt durch eine Mischung von Völkern, die eine strenge Abgrenzung ausschließt.

Wir Tschechen und Slowaken sind bis auf kleine Auslandsminoritäten als ganzes Volk vereinigt, und unsere Deutschen sind nicht ein ganzes Volk, sondern eine Kolonialisten-Armee. Es ist nicht unsere Schuld, daß die Deutschen ihre Eroberungskolonien nach Osten und zu uns in unser Land verlegen und daß der sprichwörtliche deutsche Drang nach dem Osten zum Stehen gebracht werden muß. Ich will diese Momente nicht gegenüber unseren Deutschen hervorheben, ich will nicht den Eleger spielen. Ich darf jedoch den Wunsch äußern, daß die Deutschen die Gesamtsituation sachlich beurteilen und in ihrem eigenen Interesse von ihren politischen Vorurteilen aus der Zeit vor dem Kriege ablassen, welche die gegenwärtige Situation verursachten.

Der Waffenstillstand.

Gute Behandlung des deutschen Eisenbahnpersonals.

Berlin, 1. Jan. (W. B.) Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Entzweckungswise wird jetzt aus Spaa gemeldet, daß die Entente energische Maßnahmen getroffen hat, um eine gute Behandlung des deutschen Eisenbahnpersonals, das mit den abzuliefernden Lokomotiven kommt, sicherzustellen. Parallelisch (sowohl wie die Kammerkäre der Entente in Spaa haben in dieser Beziehung feierliche und förmliche Zusagen gegeben. Bei den Eisenbahnverwaltungen ist jetzt ein höherer deutscher Beamter oder Stabschef einberufen worden, der die Aufgabe hat, das Wohl der Interessen des deutschen Eisenbahnpersonals wahrzunehmen und seine gute Behandlung, Erleichterung des Postverkehrs usw. sicherzustellen. Die bis-

her bei dem deutschen Lokomotivpersonal vielfach bestandene Abneigung, mit den abzuliefernden Lokomotiven nach Belgien usw. zu gehen, ist daher nicht mehr begründet, zumal die Entlohnung für diese Dienstzeit eine hervorragende gute ist. Die deutsche Waffenstillstandskommission wird auch weiterhin alles tun, um die beste und würdige Behandlung des deutschen Lokomotivpersonals zu sichern, das für seine Bereitwilligkeit, auf den abzuliefernden Lokomotiven Dienst zu tun, den Dank des Vaterlandes verdient.

Die Frage der Neutralisierung des Rheins.

Von der Schweizerischen Grenze, 2. Jan. (Priv.-Tel.) Den „Basler Nachrichten“ zufolge beschäftigen sich die englischen Blätter mit der Frage der Neutralisierung des Rheins. Das „Journal of Commerce“ meint, in der Frage des freien Rheins habe jede seefahrende Macht ein augenfälliges Interesse. Die Internationalisierung der Rheinschifffahrt würde es verhindern, daß die Fluß- und Seeufer für Kriegszwecke verwendet werden. Sie würde außerdem bewirken, daß auf die „Weise eine neutrale und freie Zone gebildet würde. Das würde auch aus dem ganzen westlich gelegenen Deutschland eine freie, unmissverständliche Zone machen.

Die „Basler Nachrichten“ ihrerseits schreiben, es sei erfreulich, wenn die Schweiz und speziell Basel von amerikanischer und englischer Seite Unterstützung erhalte in ihren Bestrebungen, den Rhein bis Basel für die Schifffahrt frei zu halten.

Das französische Saarburg.

Von der Schweizerischen Grenze, 2. Jan. (Priv.-Tel.) Die „Neue Züricher Zeitung“ meldet aus Paris: Dem „Temps“ schreibt der Bürgermeister Piffert von Saarburg in wörtlicher Übersetzung: „Ich bin glücklich, Ihnen als Bürgermeister des Städtchens Saarburg melden zu können, daß, seitdem wir das Glück haben, Franzosen zu sein, die Lufthaberung an die Einwohner für die Gabe deutschen Goldes an die Banken und Kassen der Stadt die biblische Summe von 998 000 Frs. (bei rund 10 000 Einwohnern des Städtchens vor dem Kriegsausbruch) erbracht hat. Die Nationalanleihe, auf die man erst sehr spät und in einer relativ kurzen Zeit rechnen konnte, hat das hocherfreuliche Ergebnis von 5 455 000 Frs. erbracht. Wenn man an unserem guten französischen Gefühl in unserem kleinen Grenzstädtchen hätte zweifeln können, so würden diese Zahlen genügen, um unsere Vaterlandsliebe überzeugend zu beweisen.“

Die Lage im Reich.

Schießerei in Dortmund.

Dortmund, 1. Jan. (W. B.) Am Samstag Abend kam es in der Nähe des Gewerbe-Vereins zu einem Zusammenstoß zwischen Sicherheitsmannschaften und einer bewaffneten Bande, die beabsichtigte, das Hauptwachehaus zu stürmen. Die Bande hatte blutige Verluste.

Belagerung des Kattowitzer Streiks.

Kattowitz, 1. Jan. (W. B.) Die Verhandlungen, die gestern in Kattowitz zwischen den Volksbeauftragten Hirsch, Landsberg und den Gewerkschaftsführern und den Vertretern der streikenden Arbeiter stattfanden, führten zu dem Ergebnis, daß die Streikenden die Arbeit wieder aufnehmen wollen. Es ist vereinbart worden, daß über die Forderungen der Arbeiter in einer Besprechung von Vertretern derselben sowie von Unternehmern unter Mitwirkung der Regierung noch vor dem 15. Januar verhandelt werden soll.

Rücktritt v. d. Buschke.

Berlin, 2. Jan. (W. B.) Der bisherige Unterstaatssekretär von dem Buschke-Hattenhausen sucht um einen mehrmonatlichen Urlaub nach, den er auch erhielt. Zum Unterstaatssekretär wurde der bisherige Dirigent der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes Reichherr Langmerth v. Jümmern, ernannt. Weitere Veränderungen in der handelspolitischen Abteilung und in der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes stehen bevor.

An das deutsche Landvolk.

Die Deutsche Demokratische Partei hat den nachstehenden Aufruf an das deutsche Landvolk erlassen:

Verbündet mit dem Deutschen Bauernbund steht die Deutsche demokratische Partei in den die deutsche Zukunft bestimmenden Wahlkampf. In dieser Stunde bekennen wir uns zu der Notwendigkeit eines starken und gesunden deutschen Landvolkes, das unter auskömmlichen Verhältnissen auf eigener Scholle lebend, dem vaterländischen Boden in zähem Fleiße die Früchte abgewinnt, deren die Gesamtheit bedarf. In Bauern und Landarbeitern erkennen wir den unzerstörlichen Jungbrunnen, den in seiner Kraft zu erhalten die erste Aufgabe einer besonnenen und verantwortlichen Staatspolitik sein muß. Niemals darf die Rücksicht auf andere Interessen dem Staatsganzen die Grundlage einer lebendigen und vorwärtstretenden Landwirtschaft entziehen. Mehr denn je wird nach diesem Kriege angesichts der Schwere unserer industriellen Lebens und des Zustandsablasses die heimliche Reproduktion und mit ihr die Landwirtschaft als das Fundament unseres Wiederaufbaues bestehen. Diese Grundlage durch umfangreiche Stielung, die auch für die Erträge lebendige Arbeitsmärkte schafft, zu verklären und durch zweckmäßige Reform des Bodens, Hypotheken- und Erbschafts gesund zu erhalten, wird die Hauptaufgabe deutscher Staatspolitik sein. Alle Hindernisse, die dem entgegenstehen, müssen beseitigt werden.

Veraltete Grundrechte und Erblichkeitsrechte müssen jenen, die von anderen und Kontraktlosen Wahlrecht zu den Kreislagen, provinziellen, landwirtschaftlichen und sonstigen Körperlichkeiten auch die Weiterentwicklung der freien Nation der Landwirtschaft sichern, ihr Selbstgefühl heben. Die Sanberstellung der Gutbesitzer muß folgen. In freier Wahl sollen die Gemeinden ihre Grundrechte bestimmen. Die Befugnisse der Kreisverordner sind nach dem Muster

Deutsch-Nationale Volkspartei.

Was wir wollen:

Was fragt man: Warum noch eine neue Partei? Wodurch unterscheidet sich die Partei der Sozialdemokratie und der Demokratie?

Man der Sozialdemokratie und der Demokratie unterscheidet und eine Weltanschauung. Die Sozialdemokratie ist international, eine Klassenpartei, die das Privateigentum abschaffen, den Mittelstand vernichten und die Produktionsmittel verstaatlichen will. Die Sozialdemokratie ist die Partei, die in Deutschlands höchster Not die Revolution gemacht hat, die bisher nur niedergelassen, sich aber unfähig zum Wiederaufbau erwiesen hat. In Berlin hat sie Anarchie herbeigeführt, die persönliche Sicherheit in ganz Europa gefährdet. Das Reich droht zu zerfallen.

Die Demokratie lehnt sich nicht mehr dem so an diese Sozialdemokratie an und verkennet die Gefahr, die unserem Volk auch von den Arbeitlosen droht. Die Demokratie, gestützt von dem Berliner Tagblatt und der Frankfurter Zeitung, bietet in ihrer Zusammenfassung keine genügende Gewähr dafür, daß der deutsche und nationale Standpunkt mit der Kraft gewahrt wird, die unsere Zeit des Zusammenbruchs unbedingt erfordert. Ihre allgewaltige Forderung nach Schließung der Reichstagskammern und Demokratie durch die Parteien unter ihr Joch gedrückt. Die eigentlichen Drahtzieher halten sich im Verborgenen.

Die Deutsch-Nationale Volkspartei ist für ein starkes deutsches Volkstum in einem freien Reich.

Für parlamentarische Regierungssystem, Frauenwahlrecht, freiwirtschaftliche Verwaltung in Staat und Gemeinde treuen wir ein.

Verfassungskonforme Freiheit und freie Meinungsäußerung müssen unbedingt gewährleistet werden.

Aufrechterhaltung deutscher Güter in Ehe und Familie, ein lebenskräftiges Christentum nach Glauben und Kulturbildung.

Wir sind gegen Trennung von Staat und Kirche.

Keinem Volkstribunal, auch dem Weimarer Tribunal, soll der Ausschlag zu höherer Bildung und besserer Lebensstellung ermöglicht werden.

Privateigentum, Unternehmertum, Handel und Industrie, dem Mannheimer keine Hilfe verweigern, müssen vor jedem Eingriff und vor weiteren sozialistischen Experimenten geschützt werden.

Wir bekämpfen hingegen die Auswüchse eines international gerichteten Sozialismus.

Wir sind gegen die im Krieg getriebene Zwangsarbeit in Staat und Gemeinde und für schleunigen Abbau der Kriegsgeldentlastungen.

Die Weimarer Republik fordert wir kraftvolle Wiederaufrichtung des durch den Krieg am schwersten gelähmten Handels, Gewerbes und Handels, Förderung der Landwirtschaft, der Industrie und des Verkehrs, Schaffung von Bauernhöfen und Behebung der Wohnungsnot.

Den beschleunigten Fortschritten der Technik, des Verkehrs, des Berufs und der freien Presse, muß entsprechend den veränderten Lebensverhältnissen Rechnung getragen werden.

Freies Wahlrecht! Ausbau des Staatsbürgerrechts!

Weltweite Durchführung einer großzügigen Sozialpolitik für alle in abhängiger Stellung befindlichen Volksgenossen in einer unterer vorkommenden Aufgaben.

Eine gesunde Steuerpolitik nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und sozialen Gerechtigkeit, Erhebung der Kriegsschulden und Heranziehung der Kriegsgewinne, insbesondere der unentzerrten Schatzkammer, Sorge für die Kriegsbeschädigten wird von uns gefordert.

Wer diesem sozialistischen Programm zustimmt, der schütze jeder nationalen Arbeit in Staat und Volk, der treue der

Deutsch-Nationalen Volkspartei

Herrn, Karl, Mayer.

Deutsche Männer und Frauen!

Auf zur Wahl!

Wahlrecht heißt Wahlpflicht!

Deutsch-Nationale Volkspartei

Oriensverein Mannheim.

A. Pfister

Gegr. 1873 Inhaber: Fr. Hoffmann Gegr. 1873
Bisher Straßburger Hofes Damen-Konfektions-Haus
Jetzt **Q 1, 5-6** Haus
Mannheim **Q 1, 5-6** Hoffmann & Keyl

Infolge der Besetzung Elsaß-Lothringens bin ich gezwungen worden, Straßburg zu verlassen. Es ist mir jedoch gelungen, meine großen Warenbestände **nur moderner, gediegener Damen-Konfektion** zu retten und stelle dieselben

ab Donnerstag, den 2. Januar 1919 zu außerordentlich billigen Preisen
Große Auswahl, zum Verkauf, Große Auswahl.

Winter-Mäntel

aus feinsten Seiden-Sammel, Pflach und Astrachan, gediegenen Stoffen, zum Teil mit Pelz garniert.

Schwarze Frauen-Mäntel

zum größten Teil aus reinwollenen Tuchstoffen.

Jacken-Kleider

schwarz und herbig, vom einfachsten bis zum elegantesten Modellfeld, guter Sitz, gediegene Verarbeitung.

Kostüm-Röcke

aus einfarbigen Woll- und Pantaleonstoffen in modernen sparten Formen.

Seiden-Konfektion

Garnierte Kleider aus sparten Seiden- u. Schieferstoffen

Seiden-Blusen leichte Formen, gediegene Stoffe.

Seiden-Kostüm-Röcke entzück, vornehme Macharten, prima Qualitäten.

Seiden-Regen-Mäntel in vielen Farben, nur erprobt gute, imprägnierte Stoffe.

Beschreiben Sie bitte meine Schablonen!

Trauerbriefe liefern wir innerhalb zwei Stunden
Drucker: Dr. Haas
Mannheimer General-Anzeiger, E. 6, 2

Meister, Handwerker, Volk-, Bahn-, Gerichtsbeamte, Lehrer, Landwirte, Kaufleute und freie Berufe.
G 371
Bürgeru. Bürgerinnen
Freude, Glück und Heimat, Brot und Arbeit, gleiches Recht, Ordnung u. Sicherheit sind unsere Ziele! Werdet von Hand zu Hand für den

Drei-Deutschen Bürgerbund.

Eure Stimmen müssen gegen! Von Vater Mutter, Sohn und Töchtern am 5. Januar 1919.
Ihr seid Wähler eines Stimmzettels
Den verleiht nicht an andere Parteien.

Nehme ab 1. Januar die **168546**
tierärztliche Praxis
in Seckenheim und Umgebung wieder auf.
Dr. Bühler, Seckenheim
Hauptstraße 133 Telefon Nr. 36.

3 Tagen
dem Unterzeichneten hieron
Kenntnis zu geben.
Mannheim, 2. Jan. 1919.
Der Nachlasspfleger
Oscar Schuler
Aufius Anny
U. S. 10 Leipzig, 2026.

Verloren

Ein mit Holz geschnitzter
Glaschmuckstein in
der Dreiecksform, verziert
mit einem Bildnis, gegen Belohnung
abgegeben. N. 7, 1. Adler. 24

Schirme
werden gut und billigst repariert.
Auf Wunsch werden Schirme
abgeholt. — Postkarte genügt.
Schirm-Reparaturwerkstätte
Philipp Gärtner
Mannheim, Langstr. 15
Nähe des Marktplatzes.

Zuschneide- und Nähschule
P. 1, 7a **Grünbaum** P. 1, 7a
Beginn der neuen Kurse am 7. Januar.

Detektiv-
Institut und Privatankunft „Argus“
A. Witz & Co., A. M. & H., Mannheim, P. 4, 1 — Telefon 3386.
Vertrauliche Auskünfte jeder Art, Erhebungen in
allen Kriminal- u. Zivilprozessen, Heiratsankünfte.

Steuerberatungen
Bücher-Revisionen
(ständige und zeitliche)
Bilanzen
Bürodienst-Organisationen, Reorganisationen, verfahr.
Buchhaltungen, Statistiken und Treuhandgeschäfte.
M. Hoffmann, Mannheim, G 3, 7.
Gerichtl. beeidigter Bücherrevisor, Organisations-Anwalt
und kaufmänn. Sachverständiger.
Alferrate Referenzen. J1

Hof-Kalligraphen Gander's
Schreib- und
Handelskurse.
Gegründet 1857. — Diplom 1882.
Tages- und Abendkurse
in sämtlichen kaufm. Fächern.
Beste Gelegenheit für Damen und Herren jeden
Alters, sich zu tüchtigen Buchhaltern, Kontoristen,
Kontoristinnen, Stenotypistinnen etc. auszubilden.
Kurse Ausbildungszeit, Mäßiges Honorar.
Zu Stellangen behilflich. Prospekte kostenlos. H36a
Gebr. Gander, C 1, 8 Paradeplatz.

Zur Eröffnung meines
Damen-Frisier-Salons
bitte ich mich den geehrten Damen bestens empfohlen.
In Kopfwaschen, Ondulieren, Fri-
sieren, Hand- und Nagelpflege
prompte, fachgemäße Bedienung.
Erna Koch
K 3, 17. 6849b

Todes-Anzeige.
Nach langer mit Geduld ertragener
Krankheit entschlief Montag Nacht
meine liebe Gattin, Tochter, Schwester,
Tante, Schwägerin
Emma Fleig
geb. Leypoldt.
Die trauernden Hinterbliebenen:
Karl Fleig
Frau K. Leypoldt Witwe.
Familie Mayer, geb. Leypoldt.
Käthe Mayerhofer, geb. Leypoldt.
Hermann Karl Leypoldt.
Mannheim, Gartenfeldstr. 2
Die Beerdigung findet Freitag, nach-
mittags 3 Uhr, von der Friedhofkapelle
aus, statt. 6855b

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme beim Hinscheiden meines lieben
Vaters
Herrn
Julius Mauz
sagen wir unseren innigsten Dank. Insbesondere
danken wir Herrn Stadtpfarrer Rens für seine
tröstlichen Worte am Grabe des Verstorbenen,
der Bäckereinnung für ihr zahlreiches Er-
scheinen sowie der zahlreichen Kranzpenden.
Die trauernden Hinterbliebenen:
Elisabeth Mauz und
Sohn Friedrich, z. Z. in Berlin.

Danksagung.
Für die überaus zahlreichen Beweise
innigster Anteilnahme, die uns bei der
Beerdigung unseres lieben, unvergesslichen
Gatten, Sohnes, Bruders und Schwagers
Wilhelm
zuteil wurden, sagen wir auf diesem Wege
allen unseren innigsten Dank. In
Ganz besonders danken wir Herrn
Stadtpfarrer von Schöpfer für seine lieben
tröstenden Worte.
MANNHEIM, 31. Dezember 1918.
Frau Liese Murr
Familie Murr.

Statt besonderer Nachricht.
Die glückliche Geburt einer Tochter
zeigen an
Dr. Luckow
Stabs- und Regt.-Arzt Gren.-Regt. 110
und **Frau Johanna Luckow**
geb. Fink.
MANNHEIM (H 7, 21), 1. Januar 1919.

Wie zeigen die Geburt unserer Töchter
Peter
an.
Dir. J. Müller und Frau
1. 7. 19
Mühlstraße 30.

Bilanz-Aufstellung
Bilanz-Prüfung Finanzierungen
übernimmt
F. W. Wörner, kaufm. Sachverständiger
Telephon 3024 Pariserstr. 13
Korrespondenzen unverbindlich. V14

Lastauto
von Mannheim nach Frankfurt Freitag, den
3. 1. 19 zu vermieten. Eventl. Reflektanten
wenden sich bis 10 Uhr morgens an
Kybock & Kissen, Mannheim, Hanshaus, Telefon 3619.

2 Zug-Ochsen
zu verkaufen.
Peter Dehus, Friesenheimerinsel.